

## Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Abg. Prof. Dr. Winfried Bausback

Abg. Jörg Baumann

Erster Vizepräsident Tobias Reiß

Abg. Florian von Brunn

Abg. Wolfgang Hauber

Abg. Jürgen Mistol

Abg. Dr. Simone Strohmayr

Abg. Christoph Maier

**Präsidentin Ilse Aigner:** Ich rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

## **Wahl**

### **eines Mitglieds des Parlamentarischen Kontrollgremiums**

Am 30. November 2023 wurde die Wahl eines Mitglieds des Parlamentarischen Kontrollgremiums letztmals durchgeführt. Der Kandidat der AfD-Fraktion hat damals nicht die erforderliche Mehrheit erreicht. Für die heutige Plenarsitzung hat die AfD-Fraktion daher erneut die Wahl eines Mitglieds des Parlamentarischen Kontrollgremiums beantragt und als Kandidaten Herrn Abgeordneten Jörg Baumann benannt.

Auf Antrag der AfD-Fraktion findet hierzu eine Aussprache statt. Die Gesamtredezeit wurde im Ältestenrat wiederum mit 29 Minuten vereinbart. Ich eröffne die Aussprache. Erster Redner ist der Kollege Prof. Dr. Winfried Bausback. Es gibt keine Begründung in dem Fall.

**Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU):** Frau Präsidentin, Hohes Haus! Von dem großen Philosophen Sir Karl Popper ist die Warnung an die freien Gesellschaften bekannt, dass die Freiheit und die Toleranz nicht auf diejenigen uneingeschränkt ausgedehnt werden dürfen, die ebendiese Toleranz als Intolerante ablehnen und abschaffen wollen.

Kolleginnen und Kollegen, wir entscheiden in einem Wahlakt als Parlament über die Frage der Besetzung des Parlamentarischen Kontrollgremiums. Ein Kandidat der AfD, einer Partei, die jedenfalls zum Teil die Abschaffung des Verfassungsschutzes fordert und im Übrigen diesen Verfassungsschutz als demokratisches Instrument grundlegend infrage stellt, ist aus meiner Sicht nicht geeignet, dieses Gremium zu kontrollieren. Insoweit werden wir den Kandidaten der AfD nicht unterstützen.

(Beifall bei der CSU)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Als Nächster hat für die AfD-Fraktion Kollege Jörg Baumann das Wort.

(Beifall bei der AfD)

**Jörg Baumann (AfD):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Der Verfassungsschutz gehört in seinem jetzigen Bestehen, so wie er jetzt aufgestellt ist, abgeschafft. Das sage nicht nur ich, sondern das sagt zum Beispiel auch der SPD-Mann Mathias Brodkorb oder die Grüne Jugend Bayern.

Der Verfassungsschutz scheitert an seinen Aufgaben. Er scheitert an seinen Befugnissen. Er scheitert an Recht und Gesetz. Er ist weisungsgebunden und wird instrumentalisiert. Wir erinnern an die Lauschaaffäre Traube, an das NPD-Verbotsverfahren, an die 38 Jahre andauernde illegale Beobachtung von Rolf Gössner, die NSU-Akten-schredderaffäre, das Versagen beim NSU selbst, das Celler Loch und, und, und.

Der Verfassungsschutz ist und bleibt eine Skandalbehörde. Im Kampf gegen Oppositionelle werden alle Register gezogen. Wie sagte der ehemalige CSU-Innenminister Beckstein? – "Manchmal gingen wir sogar weiter, als der Rechtsstaat eigentlich erlaubt."

Das sind die Gründe, warum die AfD unbedingt in das Parlamentarische Kontrollgremium gehört. Wir sorgen dafür, dass das Recht wieder in den Rechtsstaat kommt.

(Beifall bei der AfD – Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Das ist lächerlich!)

Der Verfassungsschutz sollte unsere Republik und ihre Bürger vor einem übergriffigen Staat schützen. Nun macht er sich auf den Weg, Gesinnungs- und Schnüffelpolizei der Regierung zu werden. Dank Nancy Faeser und Herrn Haldenwang haben wir nun eine Meinungspolizei, die jeden ins Visier nimmt, der unterhalb der Strafbarkeitsgrenze agiert und Kritik an der Regierung übt.

Jeden? – Natürlich nicht jeden. Schließlich ist man mittlerweile auf dem linken Auge blind. Die Jusos waren sogar noch bis nach dem 07.10.2023 mit der Jugendorganisation der antisemitischen Fatah verschwastert. Der Verfassungsschutz schaute weg,

und von Frau Strohmayr habe ich noch keine Distanzierung zu der eigenen Jugendorganisation gehört.

(Beifall bei der AfD)

Als Partei der Mitte pflegt die SPD scheinbar aber auch

(Florian von Brunn (SPD): Stimmt doch alles nicht, was Sie sagen!)

einen sehr engen Umgang mit der größten rechtsextremistischen Organisation in diesem Land, den türkischen "Grauen Wölfen", egal, ob es sich hierbei um MdB Schmid oder MdL Taşdelen handelt. Der Verfassungsschutz ist aber zum Glück betriebsblind, und Frau Strohmayr hat sich auch noch nicht von ihren Genossen distanziert.

(Beifall bei der AfD)

Zum Vorfeld der links-grünen Parteienlandschaft gehören allerlei extremistische Gruppierungen wie die Antifa, Extinction Rebellion, Fridays for Future, die Hammerbande oder Persönlichkeiten wie Frau Poettinger. Egal, ob Mordversuche, schwerste Körperverletzungen, Umsturzfantasien, Anschläge gegen die Infrastruktur oder die Idee, Pipelines zu sprengen, der Verfassungsschutz drückt weisungsgebunden alle Augen zu, und Frau Strohmayr distanziert sich nicht von ihrem Vorfeld.

Wie sieht es denn bei den GRÜNEN aus? – Frau Roth leistet sich einen antisemitischen Vorfall nach dem anderen, ob Documenta oder Berlinale. Die Grüne Jugend erklärt, wir sind linksextrem, und überhaupt ist Deutschland nur ein mieses Stück Scheiße. Der Verfassungsschutz hat das irgendwie nicht mitbekommen, und Frau Strohmayr distanziert sich wieder nicht.

Der Verfassungsschutz ist keine unabhängige Behörde, sondern wird als Machtmittel benutzt, um eine unbequeme Opposition auszuschalten. Bodo Ramelow wurde jahrzehntelang zu Unrecht beobachtet und forderte die Abschaffung. Doch kaum selber an der Macht, ließ er dieses Vorhaben fallen. Zu schön sind die Weisungsbefugnisse und

die Möglichkeit, den politischen Gegner für umsonst ausspionieren zu lassen. Auch die GRÜNEN und die Jusos der SPD reihen sich ein: Ihre einstigen Forderungen nach der Abschaffung des Verfassungsschutzes sind zum Wohl des Machterhalts verschwunden, genauso wie die Forderung "Keine Waffenlieferung in Kriegsgebiete."

Zum Schluss möchte ich Ihnen, Herr Hofmann, noch Folgendes mitteilen: Nach Ihrer Aussage dürfen sinngemäß nur Personen mit einer gefestigten Moral in das Kontrollgremium. Wir haben in der letzten Legislaturperiode gesehen, was Sie bzw. die CSU darunter verstehen. Welcher moralische Übermensch saß damals für die CSU im Kontrollgremium? – Der Maskenmillionär Sauter.

(Beifall bei der AfD)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Herr Kollege, bleiben Sie bitte am Rednerpult. – Es liegt eine Meldung zur Zwischenbemerkung des Fraktionsvorsitzenden Florian von Brunn vor.

**Florian von Brunn (SPD):** Die Menschen erkennen ganz genau, was gelogen ist und was die Wahrheit ist.

(Zurufe von der AfD – Heiterkeit bei der AfD)

Deswegen gehen auch Millionen von Menschen gegen die AfD, gegen ihren Rassismus, gegen ihre Deportationspläne und gegen ihre Verfassungsfeindlichkeit auf die Straße.

(Widerspruch bei der AfD)

Die Menschen des Volkes sind gegen Sie, egal, welche Lügen Sie im Parlament erzählen.

(Martin Böhm (AfD): Bei wie viel Prozent seid ihr jetzt?)

Aber hinsichtlich der üblen Nachrede, die Sie gerade gegenüber dem Kollegen Taşdelen gemacht haben, möchte ich, dass Sie sie sofort zurückziehen und sich dafür entschuldigen.

**Jörg Baumann (AfD):** Das werde ich mit Sicherheit nicht zurücknehmen. Es war schließlich auch in der Presse zu lesen. Warum sollte ich das machen?

(Beifall bei der AfD)

Sie können ruhig weiterhin in Ihrer eigenen Welt leben, und Frau Strohmayer kann uns ruhig sagen, von wem wir uns zu distanzieren haben. Distanzieren Sie sich!

(Beifall bei der AfD)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Der nächste Redner ist der Kollege Wolfgang Hauber.

**Wolfgang Hauber (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Stellen Sie sich vor, Sie haben zu Hause einen Garten. Auf einem Gemüsebeet wächst ein knackiger Blattsalat heran. Würden Sie eine gefräßige Nacktschnecke damit beauftragen, diesen Salat vor anderen Schädlingen zu schützen? – Ich hätte die größten Bedenken. Die gleichen Bedenken hätte ich, wenn ein Mitglied der AfD-Fraktion einen Sitz im Parlamentarischen Kontrollgremium einnehmen würde.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Widerspruch bei der AfD)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Vielen Dank. – Herr Kollege Hahn, Ihre Meldung für eine Zwischenbemerkung kommt zu spät. Als Nächster hat der Kollege Jürgen Mistol das Wort.

**Jürgen Mistol (GRÜNE):** Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Unter der Überschrift "Staats- und Demokratiefeindlichkeit" heißt es im AfD-Kapitel des jüngst veröffentlichten Verfassungsschutzberichts – ich zitiere –:

"Tatsächliche Anhaltspunkte für Verhaltensweisen der AfD, die darauf gerichtet sind, das Demokratieprinzip und das davon mitumfasste Mehrparteiensystem außer Geltung zu setzen, ergeben sich aus der Agitation gegen Institutionen und Repräsentanten des Staates und gegen die demokratischen Parteien."

Herr Baumann hat in seiner Rede noch einmal eindrucksvoll bestätigt, dass das so stimmt. Weiter steht im Verfassungsschutzbericht geschrieben, das Grundsatzprogramm der AfD zeigt, dass es "Ziel der Partei ist, Misstrauen gegenüber der Funktionsfähigkeit der Demokratie zu säen." und "...gleichermaßen gegen die Menschenwürde gerichtet sind Äußerungen, [...] die dazu geeignet sind, allgemein Sozialneid zu schüren, Abwehr und Unbehagen hervorzurufen sowie eine ablehnende, wenn nicht gar feindliche Haltung gegenüber Migrantinnen und Migranten zu begründen oder zu festigen."

Das Programm des bayerischen Landesverbands der AfD zur Landtagswahl 2023 formuliert zum Beispiel: "Deutsche Staatsbürger dürfen beim Zugang zu Wohnraum nicht länger benachteiligt werden."

(Beifall bei der AfD – Katrin Ebner-Steiner (AfD): Richtig!)

"Sie sind es hauptsächlich, die jeden Tag arbeiten und mit ihren Leistungen unser Land tragen."

(Katrin Ebner-Steiner (AfD): Richtig!)

Ich stelle fest: In Bayern wird niemand benachteiligt, weil er oder sie die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt.

(Widerspruch bei der AfD)

Auch nichtdeutsche Staatsbürgerinnen und Staatsbürger sind es, die jeden Tag arbeiten und mit ihren Leistungen unser Land tragen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Formulierungen in Ihrem Landtagswahlprogramm sind geradezu grotesk. Kolleginnen und Kollegen, das Parlamentarische Kontrollgremium überwacht die Tätigkeit des Landesamtes für Verfassungsschutz. Dass gerade ein Repräsentant einer Partei, die vom Verfassungsschutz beobachtet wird, Mitglied dieses Kontrollgremiums ist, das wäre irrwitzig.

(Ferdinand Mang (AfD): Das ist Demokratie!)

Das wäre irrwitzig! Deswegen prophezeie ich, dass diese Wahl nicht anders ausgehen wird wie die Wahl, die wir schon dazu gehabt haben.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Die nächste Rednerin ist die Kollegin Frau Dr. Simone Strohmayr.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der AfD: Ich zitiere! – Heiterkeit bei der AfD)

**Dr. Simone Strohmayr (SPD):** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der Rechts-außen-Fraktion! Meine Reden müssen Sie ja ins Mark treffen, nachdem Sie bei jeder Ihrer Reden meinen Namen erwähnen.

(Beifall bei der SPD – Lachen bei der AfD)

Hören Sie also gut zu, da können Sie was lernen.

Um was geht es heute? – Es gibt in unserer Demokratie verschiedene Einrichtungen, die dafür sorgen, dass kein Teil in unserer Demokratie zu mächtig wird, dass kein Element in unserer Demokratie seine Macht missbraucht. Deswegen gibt es das Parlamentarische Kontrollgremium. Es ist dazu da – wie wir schon gehört haben –, die Arbeit des Verfassungsschutzes zu beobachten. Wenn jetzt ein AfD-Mitglied Teil dieses Parlamentarischen Kontrollgremiums wäre, dann wäre das so wie der Wolf im Schafspelz.



Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, Sie alle wissen, die AfD wird vom Verfassungsschutz beobachtet. Die Verfassungsschutzämter haben in den letzten Wochen und Monaten umfangreiches Material gesammelt, um die demokratiefeindliche Haltung der AfD zu belegen. Teilweise vertreten Sie diese Haltung auch in diesem Parlament und in diesem Haus. Es ist klar, die AfD verachtet unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ja, sie will sie abschaffen. Heute kandidiert ein Abgeordneter dieser Rechts-außen-Fraktion für das Parlamentarische Kontrollgremium. Das ist ein schlechter Witz! Eine Partei, die vom Verfassungsschutz beobachtet wird, will selber den Verfassungsschutz kontrollieren. Wie gesagt, wenn es nicht so ernst wäre, könnte man glauben, das sei ein schlechter Witz, allerdings ein sehr schlechter.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Ferdinand Mang (AfD): Das ist Demokratie!)

Das ist mit der SPD nicht zu machen. Drei Abgeordnete dieser Fraktion rechts außen haben sich von Putin einladen lassen, um seine Pseudowahl zu beobachten. Selbst eigene Parteifreunde innerhalb der AfD kritisieren das.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Sie können doch nicht ernsthaft glauben, dass wir hier Putin-Trolle ins Parlamentarische Kontrollgremium lassen!

(Beifall bei der SPD)

Sie wollen unsere Verfassung sabotieren, damit Sie Ihre Remigrationspläne umsetzen können.

(Katrin Ebner-Steiner (AfD): Millionenfach!)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, das werden wir verhindern!

(Beifall bei der SPD)

Wir sind in unserer Wahl frei. Vor dem Hintergrund unserer Geschichte ist es mit meinem Gewissen als Sozialdemokratin sicher nicht vereinbar, Extremisten zu Kontrollleuten des Verfassungsschutzes zu machen. Wir bekämpfen Rechtsextremisten – ich sage das immer wieder gerne – seit 160 Jahren.

(Beifall bei der SPD – Florian Köhler (AfD): Die SPD wollte nicht mal Adolf Hitler abschieben!)

Wir werden dafür sorgen, dass das Parlamentarische Kontrollgremium seine Arbeit auch in Zukunft gut und gewissenhaft machen kann. Damit schützen wir unsere Demokratie.

(Beifall bei der SPD – Florian Köhler (AfD): Die SPD wollte nicht mal Adolf Hitler abschieben!)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Frau Kollegin, sind Sie mit Ihren Ausführungen am Ende?

**Dr. Simone Strohmayr (SPD):** Ja.

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vom Kollegen Christoph Maier von der AfD-Fraktion vor.

(Florian von Brunn (SPD): Ganz schlimmer Rechtsextremist!)

**Christoph Maier (AfD):** Frau Kollegin Strohmayr, Sie haben gerade auf die lange Tradition der SPD verwiesen – 160 Jahre Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Sie wollen immer hervorheben, dass Sie schon immer demokratisch waren und sich für die Menschenwürde und die Menschenrechte eingesetzt hätten. Jetzt ist mir bekannt,

dass im Jahr 1928 im Stadtparlament Frankfurt von der SPD beantragt wurde, Zigeunerlager mit Umzäunung einzuführen. Der Antrag ging auch durch.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Zum Thema!)

Es hieß dann später in der Akte des Magistrats "Konzentrationslager". Das heißt, im Jahr 1929 wurden in Frankfurt auf Antrag der SPD-Fraktion Konzentrationslager für Sinti und Roma eingeführt.

(Florian von Brunn (SPD): Schämen Sie sich für Ihre eigenen Leute! – Katharina Schulze (GRÜNE): Geschichtsklitterung!)

Jetzt lässt sich feststellen, dass die Ausgrenzung missliebiger Teile der Bevölkerung offensichtlich eine lange Tradition hat und bis heute fortwirkt.

(Florian von Brunn (SPD): Ihre geistigen Vorgänger!)

Müssen wir befürchten, dass Sie hier einen Antrag stellen, dass Konzentrationslager für Bevölkerungsteile in Deutschland errichtet werden?

(Beifall bei der AfD – Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD) – Roland Weigert (FREIE WÄHLER): Distanzieren Sie sich!)

**Dr. Simone Strohmayr (SPD):** Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von rechts außen, Sie wollen uns wohl für dumm verkaufen!

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der CSU, der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN – Florian von Brunn (SPD): Bravo! – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Ganz genau!)

Sie geben im Internet und sogar teilweise hier im Parlament unentwegt Ihre antidemokratischen Gedanken zum Besten.

(Florian von Brunn (SPD): Das haben Ihre Trolle selbst gefakt!)

Ich brauche mich mit meiner Fraktion von nichts zu distanzieren.

(Zurufe von der AfD: Ach? Ah!)

Sie sind in der Verantwortung. Sie müssen sich von alledem distanzieren, was undemokratisch ist! Das haben Sie bis zum heutigen Tage nicht getan.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zuruf des Abgeordneten Christoph Maier (AfD))

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen und wir kommen zur Wahl. Diese findet in geheimer Form statt. Sie haben an Ihrem Platz die dafür benötigten weißen Stimmzettel. Für den Wahlgang sind ausschließlich dieser Stimmzettel und Ihre Namenskarte zu verwenden. Das Prozedere ist Ihnen aus den vorangegangenen Wahlgängen bekannt.

Für den Wahlvorgang stehen fünf Minuten zur Verfügung. Wir beginnen mit der Wahl.

(Stimmabgabe von 14:43 bis 14:48 Uhr)

Fünf Minuten sind um. Befinden sich noch Kolleginnen und Kollegen an der Wahlkabine? Wenn dem nicht so ist und alle ihre Stimme abgegeben haben – das scheint der Fall zu sein –, ist die Wahl beendet. Ich bitte Sie, wieder Platz zu nehmen. Auch dieses Wahlergebnis wird außerhalb des Plenarsaals festgestellt und später bekannt gegeben.

(...)

Jetzt komme ich zu der Bekanntgabe der Ergebnisse der vorher durchgeführten Wahlen eines Vizepräsidenten sowie eines Schriftführers des Bayerischen Landtags.

Die Wahl eines Vizepräsidenten des Bayerischen Landtags war der Tagesordnungspunkt 2. Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhält. Bei der Ermittlung der erforderlichen Mehrheit werden Enthaltungen nicht berücksichtigt. An der Wahl haben 170 Abgeordnete teilgenommen. Ungültig waren 0 Stimmen. Auf Herrn Abgeordneten Rene Dierkes entfielen 30 Ja-Stimmen und 137 Nein-Stimmen. 3 Kollegen haben sich der Stimme enthalten. Herr Abgeordneter Rene Dierkes hat nicht die erforderliche Mehrheit erreicht.

Nun gebe ich das Ergebnis der vorher durchgeführten Wahl eines Schriftführers des Bayerischen Landtags, Tagesordnungspunkt 3, bekannt. Auch hier ist gewählt, wer die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhält. Bei der Ermittlung der erforderlichen Mehrheit werden Enthaltungen nicht berücksichtigt. An der Wahl haben 169 Abgeordnete teilgenommen. Ungültig waren 0 Stimmen. Auf Herrn Abgeordneten Benjamin Nolte entfielen 31 Ja-Stimmen und 135 Nein-Stimmen. Der Stimme enthalten haben sich 3 Abgeordnete. Der Abgeordnete Benjamin Nolte hat nicht die erforderliche Mehrheit erhalten.

Ich komme nun zur Bekanntgabe des Ergebnisses der durchgeführten Wahlen zum Mitglied des Parlamentarischen Kontrollgremiums, Tagesordnungspunkt 4. Nach Artikel 2 des Parlamentarischen Kontrollgremium-Gesetzes ist gewählt, wer die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder des Landtags auf sich vereint. An der Wahl haben 166 Abgeordnete teilgenommen. Ungültig waren 0 Stimmen. Auf Herrn Abgeordneten Jörg Baumann entfielen 30 Ja-Stimmen und 134 Nein-Stimmen. 2 Kollegen haben sich der Stimme enthalten. Ich stelle fest, dass Herr Kollege Jörg Baumann nicht zum Mitglied des Parlamentarischen Kontrollgremiums gewählt worden ist.